

18.12.2025

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Edlinger und Dorner

zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2025, Ltg.-846/XX-2025

betreffend **Gerechte Verteilung der Netzkosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energie im Rahmen der österreichischen Energiewende**

Niederösterreich ist Vorreiter beim Ausbau erneuerbarer Energien und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur stärkeren Eigenversorgung, Reduktion von ausländischen Abhängigkeiten, Aufbau von Resilienz, Steigerung der heimischen Wertschöpfung und einen Beitrag zur Stabilisierung der Stromkosten.

Gleichzeitig geht damit aber ein Um- und Ausbau unserer Strominfrastruktur einher, welcher vor allem beim Anschluss großer Erzeugungskapazitäten (z.B. Wind- oder PV-Parks) kostenintensiv ist. Während der in Ostösterreich erzeugte Ökostrom auch in westliche Bundesländer transportiert wird und dort für ökonomische und ökologisch wertvolle Beiträge beim Betrieb von Pumpspeicher sorgt, sind nennenswerte Teile dieser Netzanschlusskosten ausschließlich durch die niederösterreichischen Netzkundinnen und Netzkunden zu tragen.

Mit fortlaufendem Ausbau der erneuerbaren Energieträger wird dieser Umstand weiter verstärkt. Und genau jener Ausbau wird entsprechend dem aktuellen Entwurf des österreichweiten Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes von den Ländern verlangt, wobei Niederösterreich den größten Beitrag zu liefern hat.

Unter diesem Umstand wurde bereits mehrfach eine gerechte Kostenteilung zwischen den Bundesländern im Rahmen des Netzausbaus zur Erreichung der Energiewende gefordert. Dies zeigte sich bisher in Form von Resolutionsanträgen des NÖ

Landtages, mehrfachen Beschlüssen der Landesenergiereferent/innen-Konferenz, als auch zuletzt in den Stellungnahmen und Verhandlungen zum aktuell beschlossenen Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ELWG) der Bundesregierung.

Ziel soll es sein, den erforderlichen Netzausbau zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich sicherzustellen und der Sorge der Ungleichbelastung der Bevölkerung in den Regionen infolge des unterschiedlichen Ausbaues der erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen Rechnung zu tragen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird abermals ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese entschieden aufzufordern, die Netzkosten im Rahmen der Energiewende gerecht auf die Bundesländer, entsprechend den jeweiligen Ambitionen beim Ausbau der Erneuerbaren Energieträger, zu verteilen sowie alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen.“